

Mitteilung des Senats vom 5. September 2006

Grünbuch/Green Paper der EU-Kommission „Die künftige Meerespolitik der EU: Eine europäische Vision für Ozean und Meere“

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat unter Drucksache 16/1084 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Große Anfrage wie folgt:

1. Wie ist die generelle Einschätzung des Senats bezüglich des Grünbuchs, und welche ersten Schlussfolgerungen ergeben sich für den Senat?

Der Bremer Senat begrüßt und unterstützt ausdrücklich die von der Europäischen Kommission durch die am 7. Juni 2006 erfolgte Vorlage des Grünbuchs „Die künftige Meerespolitik der Europäischen Union: Eine europäische Vision für die Ozeane und Meere“ angestoßene Diskussion über die künftige gemeinsame Meerespolitik der EU-Staaten.

Das Land Bremen verfügt über vielfältige Potenziale und internationale Kooperationsbeziehungen auf zahlreichen maritimen Feldern. Dazu zählen u. a. maritime Forschung, Entwicklung und Technologie, Schiffbau, Hafenwirtschaft, Logistik, Seeverkehr, Umweltschutz, Energie, Fischwirtschaft und Tourismus. In diesem Zusammenhang ist auch auf an Wertschöpfungsketten orientierte Clusteranalysen zu verweisen, die die wesentlichen im Land Bremen vorhandenen Kompetenzen darstellen.

Aus den vielfältigen Chancen eines integrativen Politikansatzes – wie er mit dem Grünbuch verfolgt werden soll – leitet Bremen vier grundsätzliche Ziele ab:

- Nachhaltige Beschäftigung sichern durch Forschung und Innovation,
- Häfen, Schiffsverkehr, Schifffahrtswege den Erfordernissen der Globalisierung anpassen und deren Sicherheit erhöhen,
- nachhaltige Bewirtschaftung der Meere,
- Meeresumwelt schützen.

Nach Auffassung des Senats bietet der integrative Ansatz für eine Meerespolitik der Europäischen Union auf ihren verschiedenen Entscheidungsebenen eine viel versprechende Perspektive, die Stärkung wirtschaftlicher Potenziale – wie sie speziell die maritime Wirtschaft bietet – mit einer nachhaltigen und ökologischen Entwicklung zu verbinden. Nur der konsequente Ausgleich aller Interessen ermöglicht sowohl die auch unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvolle Weiterentwicklung der See- und Binnenschifffahrt und der Häfen als Verkehrsträger sowie den Schutz der Meeresumwelt, als auch die schonende wirtschaftliche Nutzung der Meeresressourcen z. B. für erneuerbare Energien, nachhaltige Fischerei und innovative Produkte und Dienstleistungen.

Vor diesem Hintergrund ist es konsequent, die einzelnen meeresbezogenen Themen und Zuständigkeiten stärker zu bündeln und die wechselseitigen Abhängigkeiten und Schnittstellen der einzelnen Bereiche herauszuarbeiten, Synergiepotentiale zu identifizieren und zu nutzen. Europäische Meerespolitik sollte als strategische Querschnittsaufgabe sowohl der Europäischen Union, als auch der Mitgliedstaaten und der Regionen entwickelt werden.

Der integrative Politikansatz für eine europäische Meerespolitik betrifft ein breites Spektrum unterschiedlicher Handlungsfelder. Im weiteren Prozess der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Meerespolitik wird es notwendig sein, für die einzelnen Bereiche eindeutig zu bestimmen, ob und wo ein Tätigwerden auf internationaler, europäischer, nationaler oder regionaler Ebene notwendig ist, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

2. Welche neuen Möglichkeiten und Potenziale sieht der Senat für Bremen und Bremerhaven im Hinblick auf Häfen, hafennahe Wirtschaft, Schifffahrt, Tourismus, Ökologie und Forschung?

Wie schon in der Antwort zu 1. dargestellt, sieht der Senat für Bremen und Bremerhaven in den im Grünbuch aufgezeigten Entwicklungspotenzialen große Chancen auch für die weitere Entwicklung im Land Bremen. Meerespolitik stellt für das Land Bremen eine strategische Zukunftsaufgabe dar. In den Wachstumsbereichen wie den modernen verkehrsträgerübergreifenden Logistikkonzepten in und über die Häfen, der Erschließung alternativer Energien, der Meeresforschung, der Blauen Biotechnologie etc. dient das Meer und seine nachhaltige Nutzung als immens wichtige Basis für die positive Entwicklung Bremens und der Region. Rund ein Viertel aller Beschäftigten in Bremen sowie ein Viertel der regionalen Wertschöpfung sind schon heute diesem Sektor direkt und indirekt zuzuordnen. Europaweit geht die Europäische Kommission von einem Wachstumspotential von 15 % im maritimen Sektor für die nächsten fünf Jahre aus.

Mit den bremischen Häfen, den hier angesiedelten hafennahen Dienstleistungs-, Logistik- und Wirtschaftsunternehmen, den leistungsfähigen Werften, den Hochschulen und Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, den Nahrungsmittelunternehmen im Fischereihafen Bremerhaven oder aber den touristischen Einrichtungen mit „Meeresbezug“ besitzt das Land Bremen in Infrastruktur, Wirtschaft und Wissenschaft ein hervorragendes Potential, um von diesen absehbaren positiven Entwicklungen weiter überproportional zu profitieren.

Beispielhaft sind in diesem Zusammenhang wissenschaftliche Einrichtungen wie das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, das Zentrum für marine Umweltwissenschaften, das DFG-Forschungszentrum „Ozeanränder“ der Universität Bremen, das Max-Planck-Institut für Marine Mikrobiologie, das Zentrum für Marine Tropenökologie, das Institut für Umweltphysik und Fernerkundung der Universität Bremen, das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik, der Sonderforschungsbereich Logistik, die Forschungs- und Koordinierungsstelle Windenergie (fk-wind) an der Hochschule Bremerhaven, das Biotechnologiezentrum Nord (BioNord) einschließlich des Technologietransferzentrums (ttz) in Bremerhaven, die Gesellschaft für angewandten Umweltschutz und Sicherheit im Seeverkehr oder das InWent-Regionalzentrum Bremen zu nennen, das vom BMZ mit der Umsetzung des Küstenumweltschutzprojektes „Coastman“ beauftragt wurde. Hinsichtlich touristischer Einrichtungen von überregionaler Bedeutung mit „Meeresbezug“ sind insbesondere das „Deutsche Auswandererhaus“, das „Deutsche Schifffahrtsmuseum“, der ebenfalls in Bremerhaven beheimatete Zoo am Meer und das im Bau befindliche „Klimahaus 8° Ost“ zu nennen.

3. Auf welche Weise plant der Senat, Unternehmen, Institutionen und die Öffentlichkeit in den Konsultationsprozess einzubinden?

Der Konsultationsprozess erfolgt unter Federführung der Europäischen Kommission. Im Rahmen dieses Prozesses sind Mitgliedstaaten, Regionen, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen und Öffentlichkeit von der Europäischen Kommission aufgefordert, sich zur Vorlage des Grünbuchs zu äußern. Das Land Bremen hat in diesem Zusammenhang keine besondere koordinierende Funktion, ermuntert aber die Akteure und Fachleute aus der Region zur Abgabe qualifizierter Stellungnahmen.

4. Welche konkreten Initiativen wird der Senat im Rahmen des Konsultationsprozesses ergreifen?

Der Senat wird seine Position zum Grünbuch im Rahmen des Konsultationsprozesses formulieren. Zwischen den norddeutschen Ländern ist geplant, eine gemeinsame Stellungnahme zum Grünbuch zu formulieren. Insofern wird Bremen seine Anliegen, Interessen und Kompetenzen möglichst umfassend in diese ge-

meinsame Stellungnahme einfließen lassen. Zur Formulierung und Identifizierung der bremischen Position wird der Senat auch die in Bremen und Bremerhaven vorhandenen Kompetenzen in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung nutzen und diese weitmöglichst einbeziehen. Im November dieses Jahres führt der Senator für Wirtschaft und Häfen im Rahmen seiner Mitgliedschaft in der AMRIE (Alliance of Maritime Regional Interests in Europe) in Bremen einen Workshop zum Grünbuch durch, an dem neben den Senatsressorts bremische Institutionen beteiligt werden sollen. Ferner wird zu prüfen sein, wie und in welcher Form mit weiteren bremischen Akteuren und Fachleuten aus der Region Vorschläge zum Grünbuch diskutiert werden können.

5. Auf welche Weise wird der Senat den Konsultationsprozess und die Abschlussveranstaltung im Mai 2007 in Bremen nutzen, um europäische Ziele und Politik nachhaltig im Denken der Menschen dieses Landes zu verankern?

Die für den 2. bis 3. Mai 2007 in Bremen anberaumte Konferenz „Grünbuch EU-Meerespolitik“ findet unter Federführung der Bundesregierung und unter enger Beteiligung der Europäischen Kommission sowie des Landes Bremen statt. Das Land Bremen wird im Rahmen des Kongresses die Rolle des Gastgebers haben.

Der Kongress bietet dem Land Bremen – ebenso wie das im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft in Bremen stattfindende informelle Außenministertreffen, die Fachkonferenz „Verantwortung und Partnerschaft – gemeinsam gegen HIV-AIDS“ und die Fachkonferenz e-justice – eine hervorragende Gelegenheit und Plattform, sich den zu erwartenden Gästen aus dem In- und Ausland als ein lebenswertes und ökonomisch leistungsfähiges Bundesland mit einer Vielzahl von herausragenden Kompetenzen zu präsentieren. Darüber hinaus wird die zu erwartende öffentliche Resonanz dieser Veranstaltungen dazu beitragen, die Ziele europäischer Politik den Menschen im Land Bremen näher zu bringen und die Bremerinnen und Bremer für die zentrale Bedeutung einer erfolgreichen europäischen Integrationspolitik als Grundlage für eine erfolgreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Europa und seinen Regionen zu sensibilisieren. Dies ist nicht zuletzt auch sinnvoll, weil Bremen von einer positiven europäischen Entwicklung außerordentlich profitieren wird.

6. Mit welchen Schwerpunkten wird sich Bremen im Rahmen der Abschlussveranstaltung präsentieren?

Das Land Bremen wird sich mit den in Bremen und Bremerhaven vorhandenen Kompetenzen und Einrichtungen im Rahmen des Kongresses darstellen. Zu detaillierten inhaltlichen oder konzeptionellen Schwerpunkten, insbesondere auch hinsichtlich der Frage von Rahmenveranstaltungen, die eine zusätzliche Diskussions- und Präsentationsebene bieten könnten, können aufgrund der frühen Planungsphase der Veranstaltung und der notwendigen Abstimmungsgespräche mit dem Bund und der Europäischen Kommission noch keine näheren Informationen gegeben werden.